

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Wegzugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftstellg. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingstr. 16. Auf 14 074 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.



Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamazeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Fiskusliste der Staatsschuldverrentung, Holzpflanzen-Verkaufliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 47

Dresden, Donnerstag, 25. Februar

1932

Der zweite Tag der Reichstagsdebatte.

Bewegte Sitzung — Zweimalige Unterbrechung.

Mittwoch, den 24. Februar 1932

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache.

Der Präsident weist zunächst darauf hin, daß in der gestrigen Sitzung Mitglieder der verschiedenen Parteien versucht hätten, die jeweiligen Sprecher zum Reden zu hindern. Er werde künftig solche Vorkommnisse, gleichviel welcher Partei sie angeht, für längere Zeit von den Sitzungen ausschließen. (Unruhe bei den Rednern.)

Es folgt die Erklärung des Ministers Groener gegen Goebbels, die in der gestrigen Nummer schon veröffentlicht wurde.

Präsident Lohde schließt die Abg. Ley (Nazi) und Kleiner (Dörsch) wegen verlegender Barne von der Sitzung aus und stellt fest, daß keine Ordnungsmaßnahmen auch gegen diejenigen Abgeordneten ergreifen würden, deren Namen wegen der Unruhe erst nachträglich festgestellt werden können. Auf seine Frage, ob derjenige Abgeordnete, der gerufen habe: „Der Groener ist ein typischer Schieber“ sich melden wolle, erfolgt keine Meldung.

Abg. Dr. Heiß (Nazi) erklärt, er müsse feierlich Einspruch gegen die Erklärung des Ministers erheben. Es handle sich hier um eine völlige Umkehrung des wahren Sachverhaltes. (Verfall der Sitzung.) — Widerpruch links und in der Mitte.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) erwidert darauf das Wort. Er stellt fest, daß die Parlamentarier von den Nationalsozialisten und ihrer Presse dauernd beschimpft würden. Man spreche dort von parlamentarischen Strauchleuten usw. (Während der Rede des Abg. Dr. Breitfeld herrscht andauernd große Unruhe.)

Hindenburg, der leinertzeit von den Rechtsparteien in Vorhineil als Helfer und Helfer bezeichnet worden ist, gilt ihnen heute als schändliches Organ des gegenwärtigen Systems. Wie lange ist es her, als die Rechtsparteien die Worte ausgaben: Mehr Macht dem Reichspräsidenten! Jetzt soll von denselben Leuten diese Macht in unerhöhter Weise eingeschränkt werden. Der Redner des gestrigen Tages hat bei einer früheren Gelegenheit gesagt: „Wollt Ihr unsere Ware, so gebt uns euer Geld!“ Ich habe die Vergnügen, daß nach dieser Rede der jüdische Händlergeist bei den Nationalsozialisten einzieht. Da die nationale Front mit Hindenburg nicht zu erreichen ist, wird der Redner vom ebenen zum Stahlhelm und von den Deutschnationalen präsentierten Kandidaten brauche ich nichts zu sagen. Aber den anderen Kandidaten nur das eine: Meine Freunde und ich freuen uns über die Gelegenheit, daß wir Herrn Hitler selbst und nicht einem Pseumant von Hitler eine Niederlage bereiten können. Bis zur Stunde aber ist Hitler noch nicht Staats- und Reichsangehöriger. Wer Staatsbürger werden will, muß den Weg wählen der gesetzlich festgelegt ist. (Große Unruhe bei den Rednern.) — Die nächsten Sätze des Redners bleiben unvernehmlich.)

Der Sieg des Hitlerismus bei der Reichspräsidentenwahl würde den Sturz der Weimarer Verfassung und die Diktatur bedeuten. Die Nationalsozialisten verlieren und von ihrem Sieg das Gute und bester Deutschland. Ich bin mir noch nicht ganz klar darüber, ob der Volkswille hinter Herrn Goebbels steht. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Das sowieso!) Es wird sich zeigen, auf welcher Seite der Volkswille steht. (Glocke Herr Goebbels, mit Frankreich zu einem besseren Verhältnis zu kommen, wenn er es als künftigen Nachbar bezeichnet? Leider haben eben die anderen bessere Beispiele als wir. Bei der Abkündigung über den kommunistischen Antrag, die Reparationszahlungen zu brechen, haben sich die Nationalsozialisten der Stimme enthalten. (Zerbrochenes Häuterei bei den Sozialdemokraten.) Man kann sagen, die Nationalsozialisten haben zwar ihre Wahlversprechungen nicht eingehalten, aber es war vertraulich! (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts.) — Präsident Lohde schließt den Abg. Setzer (Nazi), der durch lautes Vorlesen aus den Drucksaal den Redner habe hören wollen, von der Sitzung aus.

Nach lebhaften Jurufen von der Rechten verläßt die nationalsozialistische Fraktion und ein Teil der Deutschnationalen unter den Rufen „Schlebung!“ den Saal.

Die Kommunisten, so fährt der Redner fort, haben jetzt einen neuen Antrag eingebracht, alle Kreditzahlungen einzustellen, und die Nationalsozialisten bekommen damit die

Möglichkeit, ihre Beschäfte einer Revision zu unterziehen.

Wir haben uns auf den Standpunkt des Reichsanwalts Stellung genommen: Wir können keine Reparationen mehr zahlen.

weil diese Reparationen im Zusammenhang mit den interstellierten Schulden eine ungeheure Erhöhung des internationalen Wirtschaftslbens sind. Wir hätten uns aber, aus dem Richtigen ein Richtvolles zu machen. Wir sind weit entfernt davon, den Youngplan durch einen einseitigen Akt zu zerreißen. Es kommt darauf an, unser Richtvolles der Gegenseite begreiflich zu machen. Das ungeheure Mißtrauen zwischen den Nationen wird nicht beseitigt, wenn wir einen Reichspräsidenten haben, der an die Gewalt appelliert. Wenn wir eine Regierung haben, die in natürlicher Konsequenz zum Bürgerkrieg

führen muß. Herr Hitler sagt vor den Induskriellen nichts von Arbeiterpartei und Sozialismus, nur vor den Wählern. Das ist eben der Firmenminister dieser Partei (Beifall bei den Soz.) Man vertritt dem Volke einen utopischen Sozialismus und ist doch selbst nicht als der Schildträger des Kapitalismus. Die bürgerlichen Parteien sollten prüfen, ob die heutige planlose kapitalistische Wirtschaft noch weiter bestehen kann. (Zurufe aus der Mitte.) Haben Sie keine Furcht vor dem Wort Sozialismus, in die Hände des Sozialismus werden Sie auch so hineinkommen. Die Nationalsozialisten wollen auf legalen Wege an die Macht. Aber dieses Wort von der Legalität ist selbst in ihren Kreisen schon zum Rinderpott geworden. Wie will man die

Reinheit, die notwendig ist, bekommen, um legal die Macht zu ergreifen?

Die ganze Rede vom Legalität ist eine Unwahrheit.

Das Reichsgericht hat ganz anders erkannt. Herr Minister Groener und General Schleichner sind ja heute anwesend. Sie Sie noch einmal einen Erlaß herauszugeben über die Legalität der Nationalsozialisten und ihre Ausnahmebefugnisse für die Reichswehr, sehen Sie sich das.

Reichsgerichtsurteil vom 23. Februar 1930 an Sie werden feststellen müssen, daß hier eine objektive Prüfung vorliegt, die eher beifolgt ist durch Sympathie für die Rechte. Herr Minister Groener! Das eine möchte ich Ihnen sagen, ich bewundere die Toleranz, die Sie gegen die Nationalsozialisten haben. Sie hatten ja eben Gelegenheit, sich mit dieser Partei auseinanderzusetzen, deren Wortführer Sie Eildreher und Wortbrecher genannt hat. Herr Straßer hat einmal gesagt, daß Minister Groener ein Mann des Hochverrats ist. Wenn die Herren das persönlich leicht nehmen, der Staat kann es nicht so leicht nehmen. Wir hoffen, daß Sie diesen Erlaß und alles, was damit zusammenhängt, ernstlich nachprüfen.

Die Legalität ist nicht nach den Worten des Führers, sondern nach den Taten der Gesandten zu bewerten.

Es gilt jetzt für uns, alle Kraft auf die Abwendung der jüdisch-nationalen Gefahr zu konzentrieren. (Zurufe bei den Komm.: Hindenburg! — Rufe rechts: Angst!) Wir haben nicht Angst, aber wir wollen der Arbeiterklasse den schwereren Kampf ersparen. Wir werden denjenigen Kandidaten unterfragen, der die größte

Ausicht hat, die Mehrheit der Stimmen zu bekommen (Stürmische Jurufe bei den Komm.) Sie (zu den Komm.) legen selbst in einen Flugblatt, daß Sie den Hauptkoff gegen die Sozialdemokraten führen wollen. (Zurufe bei den Soz.) Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf für Hitler! (Händeklatschen bei den Soz.) Widerspruch bei den Komm.) Aber die Arbeiterklasse wird auf die Dauer merken, welches Spiel die Kommunisten mit ihr treiben. (Auf einen Ruf von kommunistischer Seite drängen mehrere sozialdemokratische Abgeordnete, darunter der Abg. Stampfer, zu den Vätern der Kommunisten, und es erübrigt der Ruf: Unerhörter Lärm! Durch Vermittlung anderer Abgeordneter gelangt eine Beschwichtigung.) Das Rote der Eisernen Front ist das Wort Ernst Roth Krundis: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.

Reichswehrminister Groener:

Eine Einzelheit des Erlasses hat Knies gegeben zu einer Aussprache mit dem Bundesführer des Reichsbanner. Ich stelle fest, daß Herr Hiltnermann in seinen darauf folgenden Reden und in einem an mich gerichteten Brief als das Ziel des Reichsbanner ein Ende zu machen. Er bates abgesehen, daß das Reichsbanner sich mit der Aufstellung von illegalen Polizeiverbänden befaßt, ebenso wollte er sich nicht illegal mit militärischen Organisationsformen befaßt. Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanner diese Richtlinien in seinem Bunde durchzuführen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Maßnahmen des Staates genügen. In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Hiltnermann meine lokale Erklärung begründet. Weiter ist zu sagen: Sie (zu den Soz. gewandt) unterstellen einen Kurswechsel des Reichswehrministeriums. An einen Kurswechsel denke ich nicht. (Widerpruch bei den Kommunisten.) Der Kurs geht geradeaus zum Wohle des Staates. Ich kenne nur den Weg der Verfassung. Auf diesem Wege bin ich gewillt, die Rechtsmittel des Staates notwendigfalls ohne Bögen und rücksichtslos einzusetzen. Mein Standpunkt über die Einsetzung in die Wehrmacht ist im Grundsatz unverändert, wie ich ihn im Herbst unter dem lebhaften Beifall der Wehrmacht dieses Hauses hier festgelegt habe. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt die Einsetzung in die Wehrmacht auch für Angehörige der Nationalsozialistischen Partei, bei einschneidenden Sicherungen. Ich habe niemals meine Hand zu einem politischen Geschäft auf dem Rücken der Wehrmacht erhoben. Die Wehrmacht steht über den Parteien. Vorbedingung für den Eintritt in sie ist der Beizicht auf jegliche Parteizugehörigkeit. (Rufe bei den Kommunisten: Das haben Sie ja gar nicht nötig!)

Die hier wiederholt abgegebenen Erklärungen des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und sein Bekenntnis zur Legalität, ermahnt durch den Bruch mit dem radikalen Führer Stennes dargetan, zeigen, daß der Führer der NSDAP beabsichtigt, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen. Das sollen auch die Entscheidungen des Reichsgerichts ausdrücklich fest. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP nicht länger vorzuenthalten. Die Befürchtungen aus diesem Anlaß begreife ich nicht. Der Erlaß hat alle Sicherungen getroffen. Der Minister wiederholt noch einmal die Bestimmungen des Erlasses und betont, daß die unveränderliche unpolitische Haltung der Reichswehr gesichert bleibt. (Unruhe bei den Komm.) Die Reichswehr ist seit ihrer Bildung zielbewußt aus der Politik herausgehoben und nur auf den Staat und die sachliche Leistung eingestellt worden. Dieses Ziel ist ganz erreicht. Wenn etwas Elemente, die nicht in die Reichswehr gehören, sich trotz aller Sicherungen einschleichen sollten, so wird der gesunde Körper der Wehrmacht sie ausschließen.

Abg. Dr. Bols (B) betont, daß jede Kritik ihre Grenzen dort findet, wo nationale Interessen gefährdet werden. Wir lehnen eine maßlose, negative Politik, wie sie von der Rechten geübt worden ist, ab. Der Reichspräsident soll überparteilich sein. Wenn Hindenburg die Regierung zum Tode gejagt hätte, hätten die Rechtsparteien ihn zum Kandidaten angenommen. Der Redner rechtfertigt dann das Bew

Die Ansicht der amerikanischen Regierung über die neueste Entwicklung in China.

Washington, 24. Februar.

Nach einer längeren Konferenz mit Senator Borah überlaube Staatssekretär Stimson an Vorab eine ausführliche Darstellung der Ansicht der amerikanischen Regierung über die neueste Entwicklung in China.

Nach dieser Darstellung bildet der Neunmächtevertrag die rechtliche Grundlage für die Politik der offenen Tür, die 1922 von Japan und den anderen Staaten feierlich zusammen mit dem Grundgesetz der territorialen und regierungstechnischen Unabhängigkeit Chinas anerkannt wurde. Der Neunmächtevertrag bildet den Grundstein für Amerikas Politik gegenüber dem Fernen Osten (sowohl im Interesse des amerikanischen Handels, wie im Interesse des großen chinesischen Volkes, dessen Heimat vor der Gefahr völliger Zerstückelung stand. Außerdem aber war, so fährt das Schreiben fort, der Neunmächtevertrag ein wesentlicher Bestandteil des Abgigen 1922 beschlossenen Vertragswerkes und Amerikas Bereitschaft, auf eine sührende Stellung im Asien-Ozeanischen und auf Ausbau von Besitzungen in Guam und auf den Philippinen zu verzichten, war u. a. darauf gestützt, daß der Neunmächtevertrag von den übrigen Mächten eingehalten und keine militärische Eroberung auf Kosten Chinas unternommen werde. Die Revision des Neunmächtevertrages involviert daher die Abrüstungskonvention von 1922.

Ein Grund zur Revision des Neunmächtevertrages ist nicht gegeben, denn hätte man sich loyal an die Bestimmungen gehalten, so wäre die gegenwärtige Situation nicht entstanden. Wir haben am 7. Januar erklärt, daß wir das durch Zwang oder Vertragsverletzung erzielte neue Abkommen nicht anerkennen werden, und wenn die übrigen Mächte diesem Beispiel folgen, so wird das eine wirksame Schwank gegen die Legalität eines Abkommens darstellen, welches auf dem Willen der Mächte beruht, schließlich zur Wiederherstellung der Rechte und Rechtstitel an China führen, die ihm etwa genommen werden sollten.

Neue Schlacht an der Kiangwan-Front.

Shanghai, 25. Februar.

Um 8 Uhr morgens haben die Japaner an der Kiangwan-Front einen allgemeinen An-

griff begonnen. Ihre sämtlichen Truppen, Infanterie, Artillerie, Flugzeuge und Tanks sind eingesetzt worden. Anscheinend will General Uyeda einen äußersten Versuch machen, mit seinen eigenen Kräften vor Eintreffen der Verstärkungen die chinesischen Linien zu durchbrechen. Um 10 Uhr vormittags war der Kampf im vollen Gange. Die chinesischen Stellungen werden gleichzeitig mit Granaten und Flugzeugbomben belegt. Wer bisher haben die Japaner keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen.

Die erneute Beschließung Tschapei durch die Japaner hatte wiederum einen tiefen Brand zur Folge. Japanische Flugzeuge warfen Bomben auf die Station Lungwa an der Eisenbahnlinie Schanghai-Hanglan, einige Kilometer von Schanghai entfernt, ab. Ferner wurden von Admiral Komura unterzeichnete Flugblätter abgeworfen, in denen es heißt, wenn sich die chinesischen Truppen ergäben, würden die Japaner sie gut behandeln, falls sie aber Widerstand leisteten, erwartete sie ein schreckliches Los.

Die von Flugzeugen, Tanks und Panzerverstärkungen unterführte japanische Infanterie konnte trotz mehrerer Angriffe die Chinesen aus Kiangwan nicht zurückwerfen. Beim Andruch der Nacht waren die Stellungen der Gegner unverändert. Die Japaner haben selbst die irrftimliche Meldung der Einnahme Kiangwans demontiert.

Ermordung General Natschatscheng?

Ranking, 24. Februar.

Der chinesische General Natschatscheng wurde heute nacht nach einer aus Chatbin hier eingelaufenen Meldung ermordet. General Natschatscheng hat sich seinerzeit bei der Verteidigung der chinesischen Stellungen am Komsichang (Komschichang) gegen die Japaner ausgezeichnet. Die Meldung ist noch nicht bestätigt.

Die Mandchurei doch Republik?

Toljo, 24. Februar.

Nach Meldungen aus Mukden hat der Volkswort der neuen unabhängigen mandchurischen Staatess heute in Anwesenheit des jungen chinesischen Erlases Puji beschlossen, die republikanische Staatsform mit einem auf Zeit gewählten Staatsoberhaupt anzunehmen.